

18. Wahlperiode



Deutscher Bundestag
Ausschuss Digitale Agenda

Wortprotokoll der 66. Sitzung

Ausschuss Digitale Agenda

Berlin, den 8. Juni 2016, 16:00 Uhr
11011 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Sitzungssaal: PLH E.200

Vorsitz: Jens Koeppen, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 07**

Fachgespräch
zum Thema
"Digitale Flüchtlingsinitiativen"

Ausschussdrucksache 18(24)SB29

Sachverständigenliste

**Mitglieder des Ausschusses**

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Beermann, Maik Durz, Hansjörg Jarzombek, Thomas Koeppen, Jens Nick, Dr. Andreas Schipanski, Tankred Schwarzer, Christina	Hornhues, Bettina Lange, Ulrich Schön (St. Wendel), Nadine Tauber, Dr. Peter Wanderwitz, Marco Wendt, Marian Whittaker, Kai
SPD	Esken, Saskia Flisek, Christian Klingbeil, Lars Reichenbach, Gerold Zimmermann, Dr. Jens	Bartol, Sören Dörmann, Martin Heidenblut, Dirk Stadler, Svenja Träger, Carsten
DIE LINKE.	Behrens, Herbert Wawzyniak, Halina	Korte, Jan Pau, Petra
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Janecek, Dieter Notz, Dr. Konstantin von	Beck (Köln), Volker Rößner, Tabea



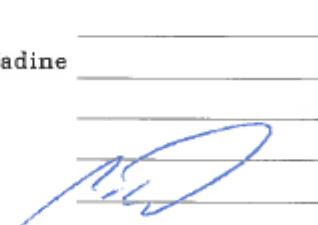
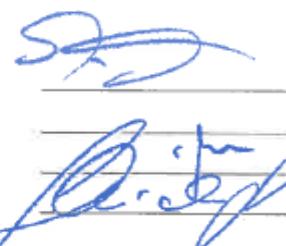
Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des Ausschusses Digitale Agenda (24. Ausschuss)
Mittwoch, 08. Juni 2016, 16:00 Uhr**Anwesenheitsliste**

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder	Unterschrift
CDU/CSU Beermann, Maik Durz, Hansjörg Jarzombek, Thomas Koeppen, Jens Nick Dr., Andreas Schipanski, Tankred Schwarzer, Christina		CDU/CSU Hornhues, Bettina Lange, Ulrich Schön (St. Wendel), Nadine Tauber Dr., Peter Wanderwitz, Marco Wendt, Marian Whittaker, Kai	
SPD Esken, Saskia Flisek, Christian Klingbeil, Lars Reichenbach, Gerold Zimmermann Dr., Jens		SPD Bartol, Sören Dörmann, Martin Heidenblut, Dirk Stadler, Svenja Träger, Carsten	
DIE LINKE. Behrens, Herbert Wawzy尼亚克, Halina		DIE LINKE. Korte, Jan Pau, Petra	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Janecek, Dieter Notz Dr., Konstantin von		BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Beck (Köln), Volker Rößner, Tabea	

Stand: 6. Juni 2016

Referat ZT 4-Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-36339



Tagungsbüro

Sitzung des Ausschusses Digitale Agenda (24. Ausschuss)
Mittwoch, 8. Juni 2016, 16:00 Uhr

Seite 4

**Ministerium bzw.
Dienststelle
(bitte in Druckschrift)**

Name (bitte in Druckschrift)

Unterschrift

**Amts-be-
zeich-
nung**

Bn7

Kühne

Jan 78

ORR

8M1

WILMS

Witt

Onn

BACI

V.44

100

54



Sitzung des Ausschusses Digitale Agenda (24. Ausschuss)

Mittwoch, 8. Juni 2016, 16:00 Uhr

öff.

Fraktionsvorsitz

Vertreter

CDU/CSU

SPD

DIE LINKE.

[View Details](#) | [Edit](#) | [Delete](#)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter

Name (Bitte in Druckschrift)

Fraktion

Unterschrift

SENATE

LIAKE

Q. Tew

Jolus ee

SPD

See

Di allat

Bogart

**Bundesrat**

Land	Name (bitte in Druckschrift)	Unterschrift	Amts-bezeichnung
Baden-Württemberg	Zeiser		ORR
Bayern			
Berlin			
Brandenburg			
Bremen			
Hamburg			
Hessen			
Mecklenburg-Vorpommern			
Niedersachsen			
Nordrhein-Westfalen			
Rheinland-Pfalz			
Saarland			
Sachsen	Langer		Ref.
Sachsen-Anhalt			
Schleswig-Holstein			
Thüringen	Faß		Ref.



Tagesordnungspunkt 1

Fachgespräch zum Thema "Digitale Flüchtlingsinitiativen"

Der **Vorsitzende**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie ganz herzlich zur 66. Sitzung des Ausschusses Digitale Agenda, heute zu einem besonderen Fachgespräch, das öffentliche Fachgespräch „Digitale Flüchtlingsinitiativen“. Ich begrüße Sie alle ganz herzlich, freue mich über das große Interesse hier im Saal und natürlich auch über das Interesse, wenn Sie den Livestream auf www.bundestag.de verfolgen. Ich begrüße ganz herzlich unsere Sachverständigen zu diesem Thema, zum einen Dr. Michael Griesbeck. Dr. Griesbeck ist Vizepräsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, herzlich willkommen hier bei uns. Ich begrüße Frau Hila Azadzoy von der Akademie der „Kiron Open Higher Education gGmbH“, herzlich willkommen, Frau Fiona Krahenbürger, „Open Knowledge Foundation Deutschland e.V.“, herzlich willkommen, und Herr Dr. Abdel Hamid Kreaa, der leider noch nicht eingetroffen ist, sowie Frau Monic Meisel, „Förderverein Freie Netzwerke e.V.“, herzlich willkommen. Ich begrüße außerdem den Staatssekretär im BMI, Herrn Klaus Vitt. Wir haben zu diesem Thema bereits eine Anhörung im November durchgeführt, genau am 04. November 2015. Da haben sich die Flüchtlingsinitiativen zum ersten Mal vorgestellt, und wir sind übereingekommen, dass digitale Tools, digitale Flüchtlingsinitiativen, natürlich sehr hilfreich sein können, weil alle wissen, dass auch die Flüchtlinge mit Handys, mit Smartphones ausgestattet sind. Und nicht nur das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat erkannt, dass es sehr sinnvoll ist, eine entsprechende App zur Verfügung zu stellen, nämlich die App „Ankommen“. Vernetzung ist natürlich nicht nur im Bereich der Flüchtlingsinitiativen, nicht nur im Bereich der Verwaltung wichtig. Auch für die Helfer untereinander ist es sehr wichtig, bedarfsgerecht zu koordinieren. Ein kleiner Meilenstein, wie wir finden, ist in diesem Bereich, und das haben wir auch bei der letzten Anhörung besprochen, die Abschaffung der Störerhaftung durch den Bundestag. Darüber freuen sich natürlich alle, weil das es wesentlich leichter macht, die Digitalisierung zu nutzen. Ich bin froh, dass wir heute in unserem Ausschuss zum zweiten Mal

dariüber reden. Bevor die Sachverständigen das Wort erhalten, noch einige Worte zur Vereinbarung, wie wir diese Debatte führen. Als erstes, darauf haben die Obleute sich verständigt, gibt Herr Staatssekretär Vitt eine kurze Einleitung. Danach haben die Sachverständigen fünf Minuten Zeit, ihre Eingangsstatements zu halten. Danach gibt es eine Fragerunde der Fraktionen, in der Reihenfolge Regierung, Opposition und wieder Regierungsfraktion, von jeweils drei Minuten. Für die Antworten der Sachverständigen sind ebenfalls drei Minuten vorgesehen. Es kann sein, dass eine Frage an zwei Sachverständige gestellt wird, aber Sie haben trotzdem nur die Möglichkeit, innerhalb von drei Minuten zu antworten. Sie müssen sich dann also die Antwortzeit teilen. In der zweiten und in der darauffolgenden Fragerunde stehen auch drei Minuten für die Frage und ebenfalls drei Minuten für die Beantwortung zur Verfügung, wobei die Antwort unmittelbar auf die Frage folgen soll. Bitte nutzen Sie die Mikrofone, damit Ihre Rede auch gehört wird, und danach schalten Sie die Mikrofone bitte wieder aus, damit es dann keine Rückkoppelungen gibt. Gibt es zum Procedere Fragen? Das ist nicht der Fall. Herr Vitt, Sie haben als Erster das Wort, bitte schön.

StS Klaus Vitt (BMI): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, erst einmal vielen Dank für die Einladung. Ich würde Ihnen gerne einen Status geben über die Digitalisierung des Asylverfahrens, dann sehen Sie, unter welchen Rahmenbedingungen das Ganze geschieht. Wir haben hier ein Projekt aufgesetzt, das ist jetzt gut ein halbes Jahr her. Da ging es darum, den Aufwand und die Bearbeitungsdauer bei der Registrierung von Asylbewerbern deutlich zu reduzieren. Der Vorschlag war, darüber nachzudenken, wie können wir gemeinsam mit den Ländern hier eine Lösung entwickeln. Was haben wir bis jetzt erreicht? Wir sind erfolgreich unterwegs. Wir haben die neue Registrierungslösung bundesweit eingeführt, die zur Registrierung von Asylbewerbern genutzt wird. Was gehört alles zu dieser Registrierungskomponente? Dazu gehört einmal ein Erfassungssystem, mit dem die Stammdaten aufgenommen werden, also die wesentlichen Daten. Dann gehört ein Fingerabdruckscanner dazu, weil wir die Fingerabdrücke für die eindeutige Identifizierung benötigen. Dann gehört ein Fotoapparat dazu und, wenn Pässe vorhanden sind, ein Passprüfgerät. Damit



wird geprüft, ob eine Fälschung vorliegt oder nicht. Die ganzen Daten werden in einem zentralen Kerndatensystem gespeichert. Nach erfolgreicher Registrierung wird der Ankunfts-nachweis ausgestellt, davon haben Sie ja bestimmt gehört. Wir haben bisher ungefähr ca. 60.000 Ankunfts-nachweise mit dem neuen System ausgestellt. Das System ist jetzt bundesweit ausgerollt. Um Ihnen einen Einblick zu geben: Eine Registrierung mit dem neuen System dauert ca. zwanzig Minuten. Die Bearbeitungsdauer war früher deutlich länger und wurde in unterschiedlichen Stationen vorgenommen. Wir sind dort also auf einem guten Weg, zumindest den Teil deutlich effizienter zu gestalten und zu verbessern. Ein weiteres Thema wird Ihnen vielleicht noch aus der Vergangenheit bekannt sein. Die Schnittstelle, die wir von diesem zentralen Kerndatensystem zu den landesspezifischen Systemen aufgebaut haben, ist implementiert. Dass geht Schritt für Schritt. Die landesspezifischen Systeme brauchen das für ihre weitere Verarbeitung, und zwar gemäß der Berechtigung. Damit haben wir einen wesentlichen Meilenstein erreicht und sind in der Digitalisierung einen deutlichen Schritt nach vorne gekommen. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende:** Vielen Dank. Als nächster hat das Wort Herr Dr. Griesbeck, bitte schön.

SV Dr. Michael Griesbeck: Vielen Dank. Als sich Ende des Jahres die Flüchtlings-situation in Deutschland zugesetzt hat, mussten wir unkonventionelle Wege gehen, um die drängendsten Herausforderungen zu lösen. Diese ergaben sich nicht nur, wie gerade gezeigt, bei der Aufnahme von Flüchtlingen und bei der Bearbeitung von Asylanträgen. Sondern die Menschen, die zu uns kamen, waren auch auf der Suche nach Hilfe und hatten zunächst Schwierigkeiten, sich hier zu orientieren. Es gab Fragen wie: Wie läuft das Asylverfahren ab? An wen kann ich mich wenden, wenn ich krank bin? Wo kann ich Deutsch lernen? Mit diesen Fragen waren nicht nur die Asylsuchenden selbst überfordert, sondern auch zum Teil die Ehrenamtlichen, die versucht haben, zu helfen. Gleichzeitig war aber auch bekannt, dass die meisten Geflüchteten ein Smartphone besitzen. Sie brauchten es auf der Flucht, um sich zu rechtfinden, und auch in der neuen Heimat, um

den Kontakt mit der Familie halten zu können. Es lag also nahe, ein Informationsangebot zu schaffen, das über das Handy zugänglich ist. So wurde die App „Ankommen“ entwickelt. Um diese Idee umzusetzen, haben wir uns gemeinsam mit den Partnern, der Bundesagentur für Arbeit, dem Goethe-Institut und dem Bayrischen Rundfunk, zusammen gesetzt und innerhalb von sechs Wochen die App „Ankommen“ entwickelt. Sie informiert in fünf Sprachen, das ist Deutsch, Englisch, Französisch, Farsi und Arabisch, über die Themen Asyl, Ausbildung und Arbeit sowie über das Leben in Deutschland. Und außerdem bietet die App einen Deutschkurs, mit dem Asylsuchende selbstständig beginnen können, Deutsch zu lernen. Und, das ist das Wichtige, dieses auch schon in der Erstaufnahmeeinrichtung im Warter Raum, also gleich nach der Ankunft. Die Hauptzielgruppe der App sind also Asylsuchende. Die App soll ihnen gerade in den ersten Wochen dabei helfen, in Deutschland Fuß zu fassen und sich zu orientieren. Aber auch Ehrenamtliche greifen auf die App zurück, um sich selbst zu informieren oder Asylsuchende zu beraten. Die Inhalte wurden ganz an die Informationsbedürfnisse der Zielgruppe angepasst. Die App führt die User durch das Asylverfahren, gibt wichtige Hinweise, um auf dem deutschen Arbeitsmarkt anzukommen, und zeigt im Kapitel „Leben in Deutschland“ Inhalte, wie beispielsweise Öffnungszeiten von Läden, Freizeitaktivitäten, das Einkaufen. Aber auch werden hier Informationen zu Grundwerten in Deutschland, wie Gleichberechtigung, Glaubensfreiheit, Rechtsstaat, Demokratie und Gewaltmonopol des Staates vermittelt. Eine besondere Rolle spielen hier auch Testimonials von Menschen, die selber nach Deutschland zu gewandert sind. Sie erzählen dann davon, was ihnen in diesem Land aufgefallen ist, und können so den Nutzer auch auf eine persönliche Ebene erreichen. Die Resonanz auf die App ist sehr positiv. Sie wurde mit Stichtag 01. Juni 2016 155.885 mal heruntergeladen, obwohl sie erst seit Mitte Januar in Betrieb ist, im iPhone-System noch etwas später. Und sie wird als Mehrwert wahrgenommen, sie wird sehr oft weiterempfohlen. Damit noch mehr Menschen von der App profitieren können, bewerben wir selbst sie auch stetig überall dort, wo sich Flüchtlinge aufhalten, also in den Aufnahmeeinrichtungen, in den BAMF-Außenstellen, in den Ankunfts-zentren, den Arbeitsagenturen und Jobcentern, in



Ausländerbehörde sowie bei Integrationskursträgern und in den Migrationsberatungsstellen. Das Besondere an dieser App ist, dass sie Sprachkurs und Information miteinander verbindet. Zu Gute kommt uns die jahrelange Erfahrung des Goethe-Institutes bei der Entwicklung von digitalen Lernangeboten. Und vor wenigen Wochen hat die Stiftung Warentest den Sprachkurs der App getestet und sie, im Gegensatz zu zahlreichen anderen Angeboten, uneingeschränkt empfohlen. Es heißt dort in der Bewertung: Die erst im Januar veröffentlichte App „Ankommen“ punktet vor allem, weil sie inhaltlich konsequent auf Flüchtlinge zugeschnitten ist und nahe an ihrem Alltag bleibt. Wie geht es weiter? Mit der App „Ankommen“ haben wir ein sehr gutes Informationsangebot geschaffen, um Geflüchtete beim Einleben in Deutschland zu unterstützen. Wir wissen auch, und das haben wir erst kürzlich in einer europäischen Konferenz auch gesagt bekommen, dass die App auf europäischer Ebene eine hervorgehobene Stellung einnimmt und dass es ansonsten kein vergleichbares Angebot in Europa gibt. In den kommenden Monaten wird es uns insbesondere darum gehen, die Reichweite der App weiter auszubauen, außerdem wollen wir das hohe Niveau der App beibehalten. Es wird weitere Aktualisierungen und neue Inhalte geben. Wir haben den Sprachkurs schon um zwei Kapitel erweitert und wollen ihn jetzt im nächsten Schritt um vier weitere Kapitel erweitern. Und wir haben auch die neuen rechtlichen Gegebenheiten des Frühjahrs eingepflegt. Wir sind darüber hinaus auch immer offen für Verbesserungsvorschläge und Ergänzungen. Es finden auch Userbefragungen statt, deren Ergebnisse einfließen, und in diesem Sinne freue ich mich auf den Dialog über die weitere Entwicklung. Herzlichen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Frau Azadzoy, bitte.

SV Hila Azadzoy: Vielen Dank, Herr Koeppen, für die Einladung, und dafür, dass wir uns zum zweiten Mal vorstellen dürfen und damit auch zeigen können, was innerhalb des letzten halben Jahres passiert ist. Ich gebe eine kurze Einführung zu „Kiron“ im Allgemeinen, was wir genau tun, dann gehe ich kurz auf unsere Herausforderungen ein.

Ich beschreibe dabei den Status quo, wo wir momentan sind und wo wir auch noch Handlungsbedarf von Seiten der Politik sehen. Wenn wir uns die Lage der Geflüchteten anschauen, dann stehen Geflüchteten oftmals grundsätzlich vier Barrieren gegenüber, wenn es um den Zugang zur Hochschule geht. Das sind zum einen die Kosten, die mit der Aufnahme eines Studiums verbunden sind. Es sind Sprachbarrieren, es ist auch der ungeklärte legale Status, der zur Barriere wird, und letztendlich sind es die limitierten Kapazitäten von Seiten der Hochschulen, die einen schnellen Zugang zur Hochschule nicht ermöglichen. Was „Kiron“ im Grunde genommen macht, ist, dass wir diese Barrieren beseitigen, indem die Flüchtlinge bei uns zunächst standortgebunden direkt auf Englisch anfangen können. Wir nutzen dafür Open Educational Resources, die wir auf unserer eigenen Plattform in digitale Curricula, die wir entwickelt haben, bündeln und verfügbar machen. Damit ermöglichen wir den Studenten einen direkten Zugang, so dass sie einfach und direkt anfangen können. Zusätzlich zu diesem digitalen Curriculum, das letztendlich auf eine Anrechnung abzielt, arbeiten wir dahingehend sehr eng mit unseren Partneruniversitäten zusammen, so dass die Flüchtlinge quasi bei uns anfangen und, sobald sie die Zulassungsvoraussetzungen erfüllen, an eine unserer Partnerhochschulen wechseln und ihre Leistungen, die sie bei uns erbracht haben, auch dort anerkannt werden. Zusätzlich gibt es eine Reihe von Betreuungsmaßnahmen wie Mentoring, Psychological Counseling, ein Buddyprogramm, Praktika, die vermittelt werden, und Tutorien. Wir haben momentan 1.250 Geflüchtete in unserem Programm. Wir haben unsere Bewerbungsphase wieder geöffnet und möchten bis Ende des Jahres 5.000 weitere Geflüchtete erreichen. Wir setzen einen starken Focus auf Deutschland, aber perspektivisch auch auf Länder wie die Türkei und Jordanien, um auch wirklich vor Ort aktiv zu sein und eine Lösung bereit zu stellen. Ich glaube, dass grundsätzlich die Zahl der Geflüchteten, die in Deutschland tatsächlich studierfähig sind, bei ca. 50.000 liegt. Das Interessante an einem digitalen Modell ist natürlich die Skalierungsfähigkeit. Aber eine unserer größten Herausforderungen ist natürlich ein erfolgreicher Transfer an eine Hochschule, wo letztendlich dann ja auch der Abschluss herkommt und gleichzeitig eine Skalierung unserer Betreuungsangebote. Das



ist eine sehr enge Betreuung, die versucht, sehr stark auf das Individuum einzugehen, um so einen Studienabbruch zu vermeiden und eine erfolgreiche Integration, eine graduelle, an die Hochschule zu ermöglichen. Wir haben also einerseits die digitale Plattform, aber, was für das Blended Learning ganz stark damit einhergeht, sind die Betreuungsangebote, die teilweise sowohl offline als auch online sind. Darüber hinaus ist nach wie vor auch eine große Herausforderung, dass einige unserer Studenten in ihren Unterkünften tatsächlich kein Internet zur Verfügung steht. Denn das ist eine Grundvoraussetzung für die Absolvierung des Programmes. Wir arbeiten mit Partnern daran, dass wir Study Hubs zur Verfügung stellen können, d.h. Örtlichkeiten und Räume der Begegnung, wo die Studenten Zugang zu Hardware und WiFi haben. Teilweise sind es jedoch die Transportkosten, die nicht erbracht werden können, um das Study Hub zu erreichen. Es ist ein wichtiger Faktor, dass es in den Unterkünften kein flächendeckendes Internet gibt. Was wünschen wir uns? Also, wir sind sehr glücklich darüber, dass wir in den letzten Monaten sehr intensiv mit diversen Ministerien in Kontakt standen. Das BMBF unterstützt uns sehr, sehr stark bei der weiteren Professionalisierung unseres Bildungsangebotes, das BMZ bei unseren Aktivitäten im Ausland. Aber, was ich glaube, was auch sehr wichtig wäre, ist ein engerer Kontakt und eine stärkere Kooperation zu den wichtigen Playern in der Hochschulebene, wie der HAK (*Handelsakademie*) und dem DAAD (*Deutscher Akademischer Austauschdienst*). Da wünschen wir uns, auch von Seiten der Politik, eine gewisse Vermittlung, Vermittlungsarbeit quasi. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Frau Krakenbürger, Sie haben das Wort, bitte schön.

SV Fiona Krakenbürger: Vielen Dank. Entschuldigen Sie, ich werde ein bisschen schneller reden auf Grund dieser bedrohlichen Uhr. Mein Name ist Fiona Krakenbürger, ich bin von der „Open Knowledge Foundation“ und leite im Moment das Projekt „Digital Refugee Laps“. Die „Digital Refugee Laps“ sind lokale Gruppen, vier Gruppen von ehrenamtlichen Entwicklerinnen und Entwicklern, die mit ihren digitalen Fähigkeiten lokale Hilfsinitiativen für Geflüchtete unterstützen. Das

Projekt wird von der Bundeszentrale für politische Bildung unterstützt. Das Projekt baut auf einer sehr großen und sehr engagierten, motivierten Tec-Community auf, die sich seit dem letzten Jahr für Geflüchtete einsetzt. Es werden da verschiedene Angebote entwickelt, beispielsweise Übersichtsplattformen, Lernplattformen, Informationsplattformen, Vermittlungsbörsen jeglicher Art, aber auch Infrastruktur wie „Freifunk“. Die Community ist weiterhin sehr motiviert. Es gibt auch immer mehr Unterstützung, allerdings bleibt meines Erachtens viel von dem Potential verborgen, weil es im Moment grundlegende Herausforderungen gibt, die ich kurz erörtern möchte. Das ist zum einen, in meinen Augen, die mangelnde Vernetzung zwischen den wichtigen Akteuren im Bereich Flucht und Migration, zum anderen sind es auch die schwindenden Ressourcen der Ehrenamtlichen. Zum Punkt Vernetzung und Koordination: Ziemlich viele Initiativen, mit denen ich gesprochen habe, wünschen sich mehr Vernetzung und Schnittstellen zu Behörden, Verwaltung und Politik. Die sehen dort zu wenig, und ihnen fehlen die Ansprechpartner und Ansprechpartnerinnen. Darüber hinaus wird auch anders herum das Wissen der Community viel zu wenig genutzt. Es gibt eine große Gruppe von technisch versierten Menschen, die die Bedürfnisse genau kennen. Aber dieses Wissen wird in ihren Augen noch viel zu wenig genutzt. Zum anderen ist auch das Verhältnis zu den Unterkünften wirklich sehr durchwachsen. Teilweise wird Hilfe dankend entgegengenommen, teilweise nicht, und teilweise wird unsere Arbeit sogar behindert. Dazu kann sicherlich Monic aus dem Bereich „Freifunk“ noch mehr sagen. Auch ein großes Problem ist die mangelnde Vernetzung untereinander. Es gibt im Moment im Tec-Bereich eine ziemliche Redundanz. Es gibt viele Anwendungen, die drei oder viermal hergestellt werden, aber es gibt zu wenig Koordination und Vernetzung untereinander, und so wird viel Arbeit doppelt und dreifach erledigt. Zum Punkt Ressourcen: Die Ehrenamtlichen erledigen diese Arbeit in ihrer Freizeit und jonglieren mit Beruf, Familie, Freunden und ihrem Engagement und viele sind mittlerweile an ihren Grenzen angekommen, nach einem Jahr oder mehreren Jahren, oder sind schon darüber hinaus. Und teilweise sind auch die Aufgaben, die die Leute in ihrem Ehrenamt erledigen, einfach viel zu viel für



ein Ehrenamt. Deswegen gibt es auch viele Initiativen, die sich mittlerweile finanzielle Unterstützung wünschen, um auch so etwas wie eine Stelle finanzieren zu können. Da kommen ab und zu einmal Leute auf die „Open Knowledge Foundation“ zu und wünschen sich die „Open Knowledge Foundation“ als Träger, da sich Initiativen für so etwas nicht bewerben können. Es gibt bisher auch noch keine Förderung explizit für digitale Initiativen, und manche Anträge stellen einen Kraftakt dar, den Ehrenamtliche nicht leisten können. Was können Sie also tun? Ich hätte dazu vier konkrete Handlungsempfehlungen. Erstens: Stellen Sie aktiv den Dialog her. Es muss viel mehr Vernetzung geben. Und nutzen Sie Ihre Ressourcen, um diese Vernetzung auch untereinander hinzubekommen und zu finanzieren, beispielsweise durch Veranstaltungen, offene runde Tische, die regelmäßig zu verschiedenen Themengebieten stattfinden, oder die Formate Barcamp oder Unkonferenz. Der anstehende Flüchtlingsgipfel, organisiert vom BMI und anderen Akteuren, ist da, finde ich, ein leuchtendes Beispiel dafür, wie Wissen auf horizontaler Ebene ausgetauscht werden kann. Grundvoraussetzung für diese Veranstaltung ist selbstverständlich, dass alle Akteure eingebunden werden, d.h. Politik, Behörden, Initiativen, aber, und darauf liegt die Betonung, auch Geflüchtete selber, die sind nämlich die Experten und Expertinnen für Ihre Bedürfnisse. Zweitens: Stellen Sie zentrale Ansprechpartnerinnen zur Verfügung. Es gibt da aus Sicht der Initiativen noch viel zu wenig. Und diese Ansprechpartnerinnen müssten eventuell auch eine koordinierende Funktion einnehmen. Früher oder später brauchen wir einen Top-down-Ansatz, um diese zahlreichen Initiativen zu konsolidieren und besser zu koordinieren. Drittens: Vereinfachen Sie die Vergabe von Geldern an Initiativen, aber achten Sie dabei auf zwei zentrale Punkte. Zum einen, und das möchte ich wirklich mit allem Nachdruck sagen, offene Technologien, Open Hardware, Open Source, Open Data, offene Schnittstellen. Nur so können wir die Nachhaltigkeit von Anwendungen garantieren und dass sie losgelöst sind von Interessen einzelner Personen, Akteure oder Unternehmen. Und zum anderen: Fördern Sie keine neuen Projekte. Es gibt für jedes Projekt bereits Anwendungen, Wissen und Codes draußen, das alles müsste nur weiter entwickelt

und gefördert werden. Viertens: Für alle Entscheidungen, die Sie treffen, und Pläne, die Sie haben, konsultieren Sie die Expertinnen aus der Community, konsultieren Sie das Wissen von Geflüchteten selber und nutzen Sie das Wissen aus der Community. Das ist reichlich da und kann Ihnen auch dabei helfen, bessere Entscheidungen zu treffen. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Ihr Statement bitte, Frau Meisel.

SV Monic Meisel: Mein Name ist Monic Meisel, und ich bin Mitbegründerin der Initiative „Freifunk.net“ und des Unterstützerkreises von „Refugees Emancipation e.V.“. Hinter beiden Projekten steht der Förderverein „Freie Netzwerke“. Es gibt über 300 lokale Freifunkgruppen, die mit dem Aufbau nicht kommerzieller, dezentraler IT-Infrastrukturen, Bildung und Kultur zu digitalen Datenzentren sowie Förderung lokaler Kommunikation und Vernetzung befasst sind. Freifunkerinnen bauen ehrenamtlich dezentrale Infrastruktur auf und teilen in diesen freien Netzwerken Zugang zum Internet. Dieser wird allen öffentlich und anonym zur Verfügung gestellt. In den Freifunknetzen werden aber auch unabhängig vom Internet lokale Dienste und Informationen angeboten. Seit 2012 sind viele Freifunkerinnen in der digitalen Flüchtlingshilfe aktiv und konnten über 350 Einrichtungen mit Zugang zum Internet ausstatten. 2014 initiierte der Förderverein mit weiteren Organisationen den Unterstützerkreis „Refugees Emancipation e.V.“ „Refugees Emancipation“ ist von Geflüchteten selbst organisiert und richtet in den Unterkünften Internetcafés ein und bietet Computerkurse an. Diese Cafés ermöglichen einen Begegnungsraum im tristen Heimalltag, und die Administratoren sind wichtige Ansprechpartner unter den Bewohnern für alle möglichen Fragen, weit über Computerkenntnisse hinaus. Beide Projekte bieten seit mehr als 15 Jahren Hilfe zur Selbsthilfe unter anderem in Workshops und regelmäßigen Treffen. Ein wichtiges Ziel unseres gemeinsamen Engagements ist die Verminderung der digitalen Spaltung. Meine Damen und Herren, Zugang zum Internet ist Menschenrecht. Er bildet die Grundlage, damit Helfer und Geflüchtete überhaupt auf die digitale Flüchtlingshilfe zugreifen



können. Lassen Sie uns also bitte nicht mehr darüber diskutieren, ob das notwendig ist, sondern darüber, wie wir das schnell umsetzen können. Zur aktuellen Situation: Schaut man sich die Kooperationsbereitschaft der Betreiber von Flüchtlingseinrichtungen an, ist diese sehr unterschiedlich ausgeprägt. Es braucht in jedem Fall nachbarschaftliche Unterstützergruppen, die dabei helfen, Aktivitäten überhaupt zu ermöglichen. „Refugees Emancipation e. V.“ engagiert sich überwiegend in Dauerunterkünften in Berlin und Brandenburg. Besonders schwierig ist es, überhaupt Räumlichkeiten zu bekommen. Logistische und Transportprobleme sind an der Tagesordnung. Die Administratoren der Internetcafés zu stabilisieren ist ebenfalls herausfordernd, da sich die Geflüchteten nun einmal in instabilen Umständen befinden. Die Frustration durch lange Zeiten ohne Aktivität, geschweige denn bezahlte Beschäftigung, ist groß. Die Menschen langweilen sich jeden Tag, wochenlang, teilweise jahrelang. Freifunkerinnen engagieren sich viel in Notunterkünften. Sie haben mit bürokratischen Hürden, Unwillen der Betreiber und vor allem mit der Angst vor Abmahnung zu kämpfen. Aber es scheitert schon häufig daran, dass Turnhallen einfach schlicht keine Internetzugänge haben, die sich mittels WLAN öffnen ließen. Dann wird mittels freifunkeiger Richtfunkstrecken von außen durch Nachbarn Zugang zur Verfügung gestellt. Diese Internetanschlüsse sind natürlich nicht für hunderte Nutzer ausgelegt. Dennoch sind Helfer und Geflüchtete jedes Mal überglücklich, wenn wir ihnen nur ein bisschen Zugang ermöglichen. Der Katalog der Punkte, die richtigen politischen Rahmenbedingungen zu schaffen, ist lang. Ich probiere es. Die Rechtsunsicherheit bezüglich öffentlich geteilter Internetanschlüsse ist leider am 02.06.2016 aus unserer Sicht nicht vollständig beseitigt worden. Sie haben zwar das TMG novelliert, aber Sie haben die Störerhaftung nicht abgeschafft. Die Abmahnkanzleien kündigen bereits öffentlich an, dass sie nicht aufhören werden damit. Die Qualitätsanforderungen für die geförderte Unterbringung von Menschen, egal ob in Obdachlosenheimen oder Unterkünften von Geflüchteten, muss freien, unzensierten Internetzugang und WLAN-Zugang in ausreichender Verfügbarkeit umfassen, ebenso die Bereitstellung von Computerräumen und Endgeräten. Diese Anforderungen müssen kontrolliert und Betreiber bei Nichtheinhaltung

sanktioniert werden. Bayern sollte die Kürzung der Telekommunikationspauschale für Geflüchtete, in deren Unterkunft WLAN vorhanden ist, zurücknehmen. Näheres dazu finden Sie in meiner schriftlichen Stellungnahme. Fördern Sie Maßnahmen zur Vernetzung der Helfergruppen und Geflüchteten untereinander sowie mit der Verwaltung, Maßnahmen zur Aufklärung der Betreiber und Nachbarn. Fördern Sie Medienkompetenz und Computerworkshops und Sachmittel im Bereich des digitalen Ehrenamtes. Es soll eine besondere finanzielle Förderung von Initiativen geben, die Geflüchtete aktiv einbinden, indem sie auch Arbeitsplätze und somit Perspektiven für diese schaffen. Sie können den Abbau von bürokratischen Hürden vorantreiben und vertrauenswürdige Ansprechpartner bereitstellen. Freifunkvereine bauen öffentlich zugängliche und erweiterbare, neutrale Infrastrukturen, deren Anerkennung als gemeinnützig steht in vielen Fällen immer noch ungeklärt im Raum. Aber auch die Verlängerung der steuerlichen Maßnahmen zur Förderung der Hilfe für Flüchtlinge über 2016 hinaus sollte dringend beschlossen werden. Die Anerkennung des digitalen Ehrenamtes steht aus unserer Sicht an, um das öffentliche Bewusstsein für dieses wichtige Engagement zu stärken. Weitere Punkte, spezifisch für WLAN-Initiativen, finden Sie in meiner Stellungnahme.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Ich eröffne die Debatte und gebe als erstes dem Kollegen Tankred Schipanski für die CDU/CSU-Fraktion das Wort, bitte schön.

Abg. **Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Damen und mein Herr, ganz herzlichen Dank für die Ausführungen. Ich darf Ihnen natürlich am Anfang im Namen meiner Fraktion ganz herzlich Dank dafür sagen, a) dass Sie heute da sind und b) für das, was Sie leisten. Den einen oder anderen haben wir ja schon bei verschiedenen Veranstaltungen gesehen, unter anderem auch bei der CEBIT. Und ich denke, das ist unwahrscheinlich wichtig, was Sie mit Ihren Teams, und das sind ja vor allen Dingen auch Ehrenamtliche, tun, und dafür zu Beginn ein ganz herzliches Dankeschön. Der Staatssekretär hat es ausgeführt. Ein großer erster Schritt war die Digitalisierung des Asylverfahrens. Das war eine



Herausforderung mit Blick auf unsere föderale Ordnung. Da sind wir natürlich sehr froh, dass das auch dementsprechend gelungen ist. Es sind verschiedene Ministerien zuständig, das klang in Ihren Ausführungen auch an. Ich selbst bin jetzt verstärkt im Wissenschaftsausschuss, werde von daher auch ein bisschen mehr Richtung Universitäten und Wissenschaften fragen. Ein zentrales Ziel des BMBF, und sicherlich auch der anderen Ministerien, ist in dem Zusammenhang als Erstes der Erwerb der deutschen Sprache, daher auch das Beispiel eben mit der App des BMBF. Dann geht es natürlich um das Erkennen der Potentiale und der entsprechenden Kompetenzen von den Geflüchteten, und zum dritten geht es um die Integration in der Ausbildung, im Studium und im Beruf. Ich denke, das ist ja auch ein Dreiklang, der bei Ihnen sehr gut zum Ausdruck kam. Frau Krakenbürger, Sie sprachen von Vernetzung und Koordination, unwahrscheinlich wichtig. Das sehen wir genauso, und das BMBF hat da ein Programm aufgelegt, das heißt Bildungskoordinatoren. Dadurch erhält jeder Landkreis, jede größere Stadt einen solchen Bildungscoordinator, der zu hundert Prozent vom Bund bezahlt bekommt. Und der soll eigentlich genau das leisten, was Sie so beschrieben haben, also Bildungsangebote sammeln, betreuen, ehrenamtliche Initiativen zusammenbringen. Es würde mich interessieren, ob Sie damit vor Ort schon Erfahrungen gemacht haben, ob Sie das überhaupt kennen. Ansonsten müssen wir da natürlich auch nochmals mit dem Städte- und Gemeindebund verstärkt schauen, wer da Anträge gestellt hat und wie das läuft, weil der Bund genau diese Koordinierungsaufgabe über dieses Programm gerne leisten möchte. Die Vertreterin der „Kiron Universität“ hat den DAAD und die HAK angesprochen, dazu würde mich natürlich einiges interessieren. Die Frage ist, wann oder wie stellen Sie denn die Studienvoraussetzungen oder die Fähigkeiten der Studenten fest? Ich fand das jetzt sehr überraschend, dass die von Anfang an gleich bei Ihnen starten. Wie wird das in der Praxis gemacht? Wie erleben Sie das? Und dann, insbesondere, wie passiert die Zusammenarbeit mit der Partneruniversität? Sie sagten ja, Sie vermitteln diese Leute dann an entsprechende Universitäten. Wie vollziehen Sie das? Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Als Nächste hat für die Fraktion DIE LINKE. die Kollegin Wawzyniak das Wort.

Abg. **Halina Wawzyniak** (DIE LINKE.): Ich will nochmals nachfragen in Hinblick auf den hier aufgemachten Punkt, dass es kein Internet in Flüchtlingsunterkünften gibt. Also, zum einen vorweg, ich teile Ihre Einschätzung zur Störerhaftung, Frau Meisel. Ich frage aber vor dem Hintergrund, dass zumindest die Mitglieder der Landesgruppe Berlin der LINKEN., ich kann jetzt explizit nur für Berlin reden, diverse Flüchtlingsunterkünfte angegeschrieben und gesagt haben, wir wären bereit, zusammen mit „Freifunk e.V.“ einer Flüchtlingsunterkunft einen Internetzugang zu gewähren. Und zu unserer Überraschung war es so, dass die Rückmeldungen immer waren, haben wir schon oder ist in Arbeit. Also wir konnten tatsächlich am Ende nicht selbst tätig werden, weil die Rückmeldungen, die wir bekommen hatten, immer die waren, dass es eigentlich schon geregelt ist. Und deswegen würde ich gerne Frau Azadzoy und Sie, Frau Meisel, fragen, ob Sie etwas über möglicherweise regionale Unterschiede wissen. Also, ist das ein Problem, das es in Großstädten möglicherweise nicht so gibt, dafür aber in ländlichen Gebieten? Gibt es da ein Nord-Süd-Gefälle? Das würde mich jetzt einfach einmal interessieren, weil - nochmals - unser Versuch, helfend unter die Arme zu greifen, nicht erfolgreich war, weil es, zu mindestens nach dem, was wir an Rückmeldungen bekommen haben, schon Internet in den Unterkünften gab.

Der **Vorsitzende**: Für die SPD Fraktion hat das Wort der Kollege Dr. Zimmermann.

Abg. **Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielen Dank, dass Sie heute zu uns gekommen sind. Ich würde auch an der einen oder anderen Stelle ein bisschen in die Tiefe gehen und deswegen als erstes ein paar Fragen zur „Kiron Universität“ stellen. Da würde mich interessieren, wie läuft das aktuell so, wie sind die Erfahrungen in der Praxis? Jemand, der selbst lange im Wissenschaftsbetrieb war, weiß, wie schwierig das ist, und jetzt machen Sie das mit vielen Universitäten. Wie gut funktioniert die Zusammenarbeit mit den Partneruniversitäten? Wie gut funktioniert das Matching der Kurse? Wie schnell funktioniert das? Ich habe von Universitäten gehört, die angeboten haben mit zu machen, Kurse anzubieten, Kursbeschreibungen geliefert haben, dass



das alles sehr, sehr lange dauert. Wie sind da so Ihre Kapazitäten? Brauchen Sie da mehr, reicht das noch nicht ganz aus? Was mich auch interessieren würde, wenn Sie vielleicht etwas dazu sagen können, also jeder, der einmal bei einem Prüfungsamt an der Universität war, kennt auch, wie speziell da manchmal auch die Kolleginnen und Kollegen sind. Wie löst sich diese Problematik? Sie hatten die Dame von der „Open Knowledge Foundation“, Frau Krakenbürger, Sie hatten gesagt, keine neuen Initiativen fördern, es gibt schon vieles. Um diesen Gedanken vielleicht aufzugreifen: Wie ist Ihre Erfahrung hinsichtlich der Bündelung des Zugangs zu diesen ganzen Initiativen, die es schon gibt? Denn ich glaube, wenn man versucht, sich in die Situation eines Geflüchteten zu versetzen: Wie schaffen wir es vielleicht besser, dass die überhaupt wissen, welche Angebote es überall gibt? Wie ist da so Ihre Einschätzung zum bisherigen Ablauf? Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Wort der Kollege Dr. von Notz, bitte schön.

Abg. **Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, und vielen Dank für die unterschiedlichen Einschätzungen. Leider ist die Bundesregierung gegangen, das war, glaube ich, auch so vereinbart. Trotzdem hätte ich noch ein, zwei Nachfragen, wenn hier schon ausgerechnet, meiner Ansicht nach, das „Fast ID-Verfahren“ vorgestellt wird. Man könnte ein paar Rückfragen dazu stellen, weil es nicht ganz so zu unserem heutigen Thema passt. Aber dass die Bundesregierung auch im Bereich mit Computern etwas macht bei Flüchtlingen, das ist, fand ich, auf jeden Fall interessant gewesen. Der zweite Punkt geht an Sie, unsere Sachverständigen hier heute. Zunächst vielen Dank für Ihr ehrenamtliches Engagement, und man kann immer nur sagen, die Flüchtlingskrise ohne das Ehrenamt, weiß der Geier, wo wir heute stünden. Und ich gehöre ja zu dem Lager, das glaubt, dass wir das schaffen. Aber eben nur wegen des großen ehrenamtlichen Engagements, und da gehören Sie voll dazu, und deswegen herzlichen Dank dafür. Ich möchte Frau Meisel zwei Fragen stellen, einmal bezugnehmend auf die Probleme, die Freifunkinitiativen im Augenblick insgesamt haben.

Die eine: Was für Bedrohungen und Schwierigkeiten, die im Augenblick diese ja unter vielen Gesichtspunkten sehr lobenswerten Initiativen, die Sie nicht nur im Flüchtlingsbereich, sondern auch generell machen, eventuell bedrohen oder stören, gibt es auf EU Ebene? Und vielleicht können Sie doch noch zwei Sätze zur Störerhaftung sagen, weil da ja einige noch nicht ganz davon überzeugt sind, dass das Problem aus der Welt ist. Ansonsten kann ich nur appellieren, wenn Sie gleich nochmals alle drankommen, so ein, zwei Forderungen, die Sie hier an das Haus haben, ganz knackig auf den Punkt zu bringen, damit wir das auch alle mitnehmen können. Ich bitte jetzt schon zu entschuldigen, dass ich in einer Viertelstunde los muss, weil ich in den nächsten Ausschuss muss, aber ganz herzlichen Dank.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank für diese erste Runde. Jetzt kommen wir zur Beantwortung. Die Fragen von Herrn Kollegen Schipanski beantworten bitte Frau Krakenbürger und Frau Azadzoy. Frau Krakenbürger, Sie fangen an, bitte schön.

SV Fiona Krakenbürger: Das war die Frage zu dem Bildungskoordinator, richtig? Ich kenne die Initiative tatsächlich nicht. Deswegen stehen für mich noch ein paar Fragen im Raum. Was ich daran prinzipiell gut finde, großes Plus, ist, dass die Koordinierung von bestehenden Initiativen dort anscheinend stattfinden soll. Darüber hinaus finde ich gut, dass eine Koordinierung von thematisch gebündelten Initiativen stattfindet und dass der Bund Geld bereitstellt, um Projekte zu koordinieren. Da ich die Initiative nicht kenne, habe ich natürlich ein paar Fragen, beispielsweise wie viele Leute eigentlich da sind, wie viele Ressourcen es gibt, wie die Person ausgewählt wurde und nach welchen Kriterien vorgegangen wird? Ich glaube auch, ob das erfolgreich läuft und wie das läuft, das steht noch aus, da es, soweit ich es verstanden habe, noch am Beginn ist. Aber ich finde die Initiative prinzipiell gut und hoffe, dass es beträchtlichen Wissensaustausch mit anderen Vorhaben in diese Richtung gibt, und wünsche viel Erfolg.

Der **Vorsitzende**: Frau Azadzoy, bitte. Erst einmal bitte nur auf die Fragen vom Kollegen Schipanski



antworten, und dann der Reihenfolge nach die anderen.

SV Hila Azadzoy: Von der Bildungskoordination für jedes Land haben wir bisher auch noch nichts gehört. Ich empfinde das als sehr, sehr spannend, da wir mit den Wissenschaftsministerien bisher schon in Kontakt standen. Und ich glaube, wenn da so eine übergreifende Stelle ist, die sozusagen die verschiedenen Wege koordiniert und auch für die Hochschulen als Ansprechpartner fungiert, halte ich das für sehr begrüßenswert. Wir würden auf jeden Fall gerne mehr dazu erfahren. Die zweite Frage war zum einen, wie wir die Studienvoraussetzungen feststellen. Letztes Jahr, als wir angefangen haben, hatten wir keine Eingangsvoraussetzungen. Das haben wir mittlerweile überarbeitet und verändert. Die Studenten haben quasi einen vierstufigen Registrierungsprozess, in dem sie zunächst ihre Daten bei uns auf der Plattform angeben, wo sie ihre Motivation angeben, wo sie aber auch ein Self-Assessment machen, wo man zum ersten Mal quasi über die Studienauswahl auch reflektiert. Das Self-Assessment-Tool kommt von der RWT Aachen, ist also schon erprobt, aber wir werden es noch weiter abwandeln und übersetzen, so dass es für unsere Gruppe passend ist. Und darüber hinaus findet auch noch ein Englisch-Einstufungstest statt, denn unser Content ist momentan zu 80 Prozent auf Englisch. Perspektivisch wird es auch untertitelte Angebote geben, auf Deutsch, Arabisch oder Französisch. Aber momentan gibt es das Angebot nur auf Englisch, und wir wollen sicherstellen, dass die Studenten über ein Grundlevel verfügen, um tatsächlich diese MOOC's (Massive Open Online Course) absolvieren zu können. Da das Onlineformat an sich und wir speziell mit MOOC's arbeiten, machen unsere Studenten auch zu Beginn zwei Probe-MOOC's. D.h., wir haben einen gewissen Zeitraum, in dem wir, als ersten Step, darüber befinden, ob tatsächlich Zugang zur Hardware und WiFi gegeben und die Motivation vorhanden ist.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Sie bleiben bitte am Mikrofon, und zwar für die Frage von der Kollegin Wawzyniak. Aber Sie müssen sich mit Frau Meisel auch diese drei Minuten teilen, bitte schön.

SV Hila Azadzoy: Ob es regionale Unterschiede gibt, ist das korrekt? Da ist das Feedback ganz unterschiedlich. Bisher haben wir natürlich viel so punktuelles Feedback von den einzelnen Studenten bekommen, was jetzt nicht generalisierbar ist. Aber teilweise haben wir oft erfahren, dass die Studenten, die quasi nahe an einer Großstadt sind, also in Berlin, ein bisschen weiter außerhalb vielleicht noch, und mit einem guten Zugang zu den Möglichkeiten in der Großstadt, auch sehr große Schwierigkeiten hatten, also auch wirklich umliegend um Berlin herum. Ich glaube, wir hatten neulich einen Studenten, der zu uns ins Büro kam und gesagt hat, okay, ich bleibe manchmal länger weg von meinem Heim, damit ich wirklich in der Stadt studieren kann. Und dort suche ich mir Cafés oder gehe in ein Study Hub, einfach wegen der Transportkosten, habe aber dann auch teilweise Probleme, dass mir die Leistungen gekürzt werden. Und es gibt tatsächlich anscheinend nicht überall Internet-Zugang. Wir haben vereinzelt Rückmeldungen, dass es im ländlichen Gebiet auch so ist. Aber wir gehen jetzt noch stärker daran, das systematisch in Form von Surveys und Abfragen zu erheben, zumindest von den Studenten, die wir momentan bei uns im System haben. Damit bekommt man dann ein grundlegendes Bild von dieser Angelegenheit.

Der **Vorsitzende:** Frau Meisel, bitte.

VS Monic Meisel: Tatsächlich ist die Freifunkgruppe in Berlin superaktiv und hat mit den allermeisten Unterkünften, die es gibt, Kontakt. Aber Vorsicht bei der Rückmeldung der Betreiber, nur weil die sagen, dass das so ist, heißt es noch lange nicht, dass es dann so ist. Bei vielen Willenserklärungen in der praktischen Umsetzung finden sich dann jede Menge Ausreden und bürokratische Hürden, warum es dann irgendwie doch nicht gehen soll. Aber wie gesagt, das ist von Unterkunft zu Unterkunft sehr, sehr unterschiedlich. Ich sehe auch einen Unterschied, würde mich da anschließen, zwischen Stadt und Land, weil auf dem Land ganz einfach weniger breitbandige Internetanschlüsse überhaupt verfügbar sind. Da ist man dann sehr schnell in sehr teuren Lösungen, die wir dann ehrenamtlich keinesfalls mehr realisieren können, wie Satelliten-Uplinks oder, oder,



oder. Und man muss auch sagen, dass wir mit unheimlich großem Aufwand Infrastruktur betreiben, um diesen Unterkunftsunternehmern Rechtssicherheit zu bieten - genau an diesem Punkt, mit der Abmahnung. Wenn wir nicht diesen VPN-fix gebaut hätten, ich weiß nicht, ob der Ihnen allen bekannt ist - die Zeit reicht kaum, um das zu erklären - ist es aber so, dass Sie ohne diesen VPN, diesen Anti-Angst-VPN, wie wir ihn bei „Freifunk“ auch gerne nennen, keinesfalls Internetanschluss in den Flüchtlingsunterkünften zur Verfügung hätten. Wir betreiben da mit großem Aufwand und auch mit finanziellem Einsatz Infrastruktur, die einfach nicht nötig wäre, wenn die Störerhaftung und die Angst vor Abmahnung endlich vorüber wären.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Die Fragen vom Kollegen Dr. Zimmermann beantworten bitte Frau Azadzoy und Frau Krakenbürger. Bitte schön.

SV Hila Azadzoy: Über diese Frage habe ich mich sehr gefreut, weil sie sehr in die Tiefe quasi einsteigt: Wie unsere Erfahrungen jetzt in der Praxis sind. Und sie zielt auch etwas auf die Frage, wie läuft eigentlich der Prozess zwischen der Partnerhochschule ab. Wie Sie richtig gesagt haben, ist der erste Step, dass wir eine gemeinsame Willenserklärung abgeben, dann direkt einsteigen und das digitale Curriculum mit der Studien- und Prüfungsordnung der jeweiligen Hochschule für den jeweiligen Studiengang abgleichen. Das Ganze findet sich dann in einer unschönen Excel-Tabelle, wo wir sehr genau kontrastieren, das und das sind die Learning Outcomes, die für den Studiengang wichtig sind, das sind die Learning-Outcomes, die bei den Modulen, die wir entwickeln, am Ende erzielt werden. Und so erhalten wir einen ersten Abgleich. Der erfolgt natürlich sehr individuell und ist auch sehr aufwendig. Gerade, wenn Sie sagen, wie läuft das in der Praxis ab. Wir haben von den jeweiligen Hochschulen gutes Feedback bekommen. Worauf kommt es uns da an? Dass wir feststellen, es gibt eine inhaltliche Äquivalenz und was davon kann tatsächlich am Ende anerkannt werden. Und das läuft über die Learning-Outcomes. Aber der Prozess an sich, wir haben jetzt zwar schon dreißig Angestellte und einen Pool an über 100 Volontierst, ist sehr schleppend. Es ist sehr aufwendig, es ist auch sehr individuell.

Und wir suchen nach Wegen, wie wir das irgendwo standardisieren können, also dass wir auch die Hochschulen in diesen Prozess stärker mit einbeziehen. Also, dieser erste Matching Aufschlag muss nicht unbedingt bei uns liegen, wenn wir das gemeinsam machen, können wir das dann auch schneller für andere Studiengänge vornehmen.

Der **Vorsitzende:** Frau Krakenbürger bitte.

SV Fiona Krakenbürger: An mich wurde die Frage gerichtet, wie die Technologien besser verbreitet werden können. Dazu sind eigentlich zwei Punkte wesentlich. Zum einen muss die Kommunikation mit den Unterkünften verbessert werden. Die sind eigentlich diejenigen, oder die Betreiber von den Unterkünften, die den täglichen Kontakt mit den Geflüchteten haben, den Alltag besser kennen und auch die Möglichkeit haben, über persönlichen Kontakt eben diese Technologien weiterzugeben. Dafür gibt es wiederum zwei Grundvoraussetzungen: Internet, und Weiterbildungen in dem Bereich. Es gibt einen sehr guten Report von „betterplace“, den Sie vielleicht mitbekommen haben, und vom BMI, der eben zeigt, dass Geflüchtete das Internet ganz anders verwenden, als wir es vielleicht denken. Teilweise gibt es nicht einmal eine E-Mail-Adresse, also entsprechend auch keinen Account im AppStore. Und da sind Workshops wirklich wichtig, und da lohnt es sich auch, nochmal bei „Refugees Emancipation e.V.“ zu gucken, wie man die unterstützen kann. Zweitens: Ja, die Konsolidierung und Bündelung ist wichtig, damit eben Technologien sich leichter verbreiten können, statt dass wir jede Technologie irgendwie an die Person bringen müssen. Aber dem muss auch erstmal ein Zusammensetzen an einem gemeinsamen Tisch mit den Initiativen vorausgehen, um gemeinsam zu entscheiden, an welchen Projekten wir mit gemeinsamen Kräften arbeiten möchten. Danach kann man dann die Möglichkeiten und die Reichweite von Verwaltung, Behörden und Landesregierungen nutzen, um wirklich effektiv Technologien zu vertreiben.

Der **Vorsitzende:** Vielen Dank. Und die letzte Frage in dieser Runde kam vom Kollegen Dr. von Notz, und die beantwortet bitte Frau Meisel. Bitte



schön.

SV Monic Meisel: Die erste Frage war, welche Probleme wir auf der EU-Ebene bezüglich „Freifunk“ haben. Die EU-Direktive zu Funkanlagen führt derzeit schon an einigen Stellen zu vorauselendem Gehorsam der Hersteller. Sie locken, also sie sperren ihre Software, und das verhindert, dass wir alternativ Free- und Open-Source-Software auf die Geräte aufspielen können. Und des Weiteren sehen wir große Probleme in Bezug auf IT-Sicherheit. Denn sehr viele Fixes für solche Sicherheitslücken, die später auftreten, kommen aus der Open-Source-Bewegung. Und ja, das ist dann einfach nicht mehr möglich. Des Weiteren ist die Einführung von LTU für uns ein großes Problem. Dieser Mobilfunkstandard wird das lizenzzfreie 5Mega-Herz-Band für WLAN, direkt gesagt, zu quatschen. WLAN wird dann nicht mehr möglich sein. Das bedeutet auch, dass unsere Richtfunkstrecken nicht mehr funktionieren, und wir auch nicht mehr in der Lage sind, Flüchtlingsunterkünfte und auch andere Menschen von außen mit Internet zu versorgen. Daraus ergibt sich die Forderung, dass wir weitere lizenzzfreie Frequenzen aus dem Paket der digitalen Dividende benötigen. Diese wurden bisher vollständig in Privatauktionen versteigert. Noch besser wären natürlich Frequenzen, die exklusiv für nichtkommerzielle Betreiber zur Verfügung gestellt würden. Der zweite Teil der Frage ging um die Störerhaftung. Im TMG dreht es sich hauptsächlich um das Thema der Täterschaft. Aber die Störerhaftung ist Richterrecht, und das hat sich auch mit dieser Novellierung nicht geändert. Sie haben zwar eine Begründung geschrieben, aber solange das nicht im Gesetz steht, ist es auch nicht gesagt, dass Richter sich daran halten müssen. D.h., wir sind absolut auf die Richter angewiesen, wie deren Rechtsauffassung ist. Zum Glück hat die sich in den letzten Jahren erheblich positiv verändert. Wir sind jetzt sehr gespannt auf das Urteil vom EuGH und wollen schauen, was dort dann zum Unterlassungsanspruch gesagt wird. Denn der Unterlassungsanspruch ist der Kern dieser Störerhaftungsproblematik, und darüber verliert dieses neue Gesetz kein Wort. Faktisch steht im Gesetzeswortlaut nichts dazu drin.

Der **Vorsitzende:** Vielen Dank. Ich komme zur

zweiten Runde. Hier ist das so geregelt, dass wir auch wieder jeweils drei Minuten haben. Die Frage wird immer gleich im Anschluss zur Fragestellung beantwortet. Die Reihenfolge entspricht den Wortmeldungen. Als erster hat der Kollege Janecek das Wort. Bitte schön.

Abg. Dieter Janecek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank auch von meiner Seite, ich habe großen Respekt für Ihr Engagement. Der ist, glaube ich, unglaublich wichtig. Wir hätten als Gesellschaft die Flüchtlingskrise, die immer noch da ist, in ihrer Vehemenz ohne die vielen zivilen Initiativen nie bewältigen können. Und ich bin auch der Meinung, der Satz heißt „Wir haben es schon geschafft an vielen Stellen, aber es gibt noch viel zu tun.“ Das Grobe haben wir geschafft. Und jetzt kommen wir langsam in die Phase, in der wir auf der Basis der Zahlen, die wir haben, der vielen Menschen, mit denen wir umgehen, konkret werden können. Wir hatten heute den Normenkontrollrat im Wirtschaftsausschuss und auch im Digitalausschuss. Der Normenkontrollrat erzählt uns ja immer sehr eindrücklich, dass Deutschland bei der Digitalisierung der Verwaltung nicht gerade sehr stark ist im europäischen Vergleich. Das haben wir auch gespürt. Deswegen ist es auch gut, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge jetzt sagt, wir müssen da für uns vorankommen und entsprechende Schnittstellen schaffen. Auch dazu mein Lob, ich weiß, dass Herr Weise und andere da sehr aktiv sind. Er betont das auch stets, auch dass das natürlich in Teilen einen Kulturbrech beinhaltet, der nicht leicht wird, aber der überfällig ist. Ich glaube, wenn wir anders aufgestellt gewesen wären, dann hätten wir vielleicht manche Dinge auch leichter hinbekommen können. Meine Fragen richten sich an die ehrenamtlichen Initiativen, weil ich ganz speziell interessiert bin und aus dem persönlichen Umfeld weiß - ich lebe seit Dezember mit einem syrischen Flüchtling zusammen - , seit dem das Internet funktioniert, ein Laptop da ist und die Angebote da sind, hat sich das ganz anders entfaltet als zuvor. Das ist natürlich so, wenn Menschen ihre Potentiale ohne Internet entwickeln wollen, wird es in diesem Land und auf der ganzen Welt schwierig. Und deswegen nochmals die Frage, wie man fördern und unterstützen kann. Ich weiß, das Engagement kommt von selbst, aber die Bedingungen sind zum Teil noch nicht so optimal. Ich habe



auch noch eine Frage aus dem Bereich „Freifunk“. Ich kenne z.B. die Freifunkinitiative in Regensburg, auch in anderen Städten. Die Voraussetzungen sind unterschiedlich, aber vielleicht an Sie und dann vielleicht auch an die „Open Knowledge Foundation Deutschland e. V.“, die Frage: Welche Förderungen für digitale Flüchtlingsinitiativen werden denn jetzt benötigt? Vernetzung von Helferinnengruppen haben Sie angesprochen. Das ist etwas, wo Sie zu Recht sagen, die Politik selbst, die Behörden selbst sollen auch aktiv auf Sie zugehen. Denn Sie können das ja schlecht alleine machen, dann kriegen Sie auch immer die Antworten, die Sie oft kriegen, die Sie vertrösten, das ist mir bekannt. Brauchen wir eine Anerkennung der Gemeinnützigkeit der Freifunkvereine? Wäre das vielleicht eine Idee? Steuerliche Maßnahmen, Anerkennung des digitalen Ehrenamtes, das sind ein paar Stichpunkte, aber vielleicht können Sie uns da noch ein bisschen auf die Sprünge helfen. Was wir dann auch in dem Bundestag, in den Landtagen, in den Kommunen gegebenenfalls einbringen können als Initiativen, um Sie zu unterstützen.

Der **Vorsitzende**: Frau Meisel und Frau Krakenbürger, bitte schön.

SV Monic Meisel: Sie haben gerade schon die wichtigsten Punkte aus Freifunksicht genannt. Ich denke, da „Freifunk“ vor allen Dingen im Ehrenamt unterwegs ist, wäre hier Sachmittelunterstützung oder auch Förderung von Veranstaltungen, Infoveranstaltungen, spannend. Toll wäre, wenn das nicht, wie in der Vergangenheit, im Wirtschaftsministerium aufgehängt würde. Denn das empfinden wir als nicht so passend für eine dezentrale Initiative, also die Art und Weise, wie dort solche Förderungen stattfinden. Wir würden uns wünschen, dass das dann eher im Bereich Bildung- und Sozialförderung aufgehängt wird. Ich glaube, da gibt es mehr Erfahrung damit, wie man dezentral Initiativen und auch Gruppen, die keinen Vereinsstatus haben, fördern kann. Das wäre ein Punkt. Der weitere Punkt ist die Gemeinnützigkeit der Freifunkvereine. Es ist vollkommen klar, es gibt einen Absatz in der Abgabenordnung und dessen Kommentierungen, dass Internetvereine, die Infrastruktur aufbauen, nicht gemeinnützig sein können. Ich glaube, das kommt aus einer

Zeit der Bürgernetze. Diese waren aber ganz anders strukturiert, das waren geschlossene Vereine, die nur ihren Vereinsmitgliedern den Internetzugang und auch nur gegen Geld ermöglicht haben. Das ist im „Freifunk“ komplett anders. Wir stellen das der Öffentlichkeit zur Verfügung, unentgeltlich, ganz im Gegenteil, die Aktivisten geben ihr eigenes Geld hinein. „Freifunk“ ist nämlich nicht kostenlos, sondern die Kosten sind bei den einzelnen Freifunkern und Freifunkerinnen dezentralisiert.

SV Fiona Krakenbürger: Ich kann mich Frau Meisel nur anschließen. Sie haben die wichtigsten Punkte genannt. Ich möchte aber gerne das Anerkennen des digitalen Ehrenamtes unterstreichen. Diese Anerkennung fehlt noch. Es gibt auch kein öffentliches Bewusstsein dafür. Und es müsste einfach genauso viel zählen wie das analoge Ehrenamt. Was ich noch von Initiativen, mit denen ich gesprochen habe, weiß, ist, dass sie sich teilweise auch Beratung wünschen. Wie manage ich ein Projekt? Wie gründe ich einen Verein, um eine Rechtsform zu haben, um auch beispielsweise Stellen bezahlen zu können? Sachkosten in diesem Sinne fallen in der Regel nicht an bei digitalen Projekten. Was an Sachkosten anfällt, Serverkosten, kann in der Regel von den Leuten selbst getragen werden. Das ist nicht so wie beispielsweise bei der Versorgung mit Mitteln des täglichen Bedarfs usw. Was ich aus den Gesprächen herausgehört habe, wo sie sich wirklich alleine gelassen fühlen, ist nach wie vor der fehlende Austausch und die Vernetzung, dass es kaum Wissensaustausch mit politischen Stellen, mit behördlichen Stellen und Verwaltung gibt. Ich möchte nochmals unterstreichen: Investieren Sie, fördern Sie, finanzieren Sie Vernetzungsveranstaltungen, wo Leute auch Reisekosten erstattet bekommen, sich vernetzen können, Räumlichkeiten haben. Das können die Ehrenamtlichen selbst nicht stemmen, aber sie brauchen das wirklich sehr dringend.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Kollege Klingbeil, bitte schön.

Abg. Lars Klingbeil (SPD): Ich will einen Appell formulieren, denn diese Frage der Nachhaltigkeit



und die Frage, wie kriegt man eigentlich richtige Strukturen oder auch Strukturen, die nachhaltig sind, sich konsolidieren, das sind Fragen, die alle umtreibt. Was Sie machen, ist großartig. Sie haben aber vorhin auch beschrieben, und das hören wir generell auch in der Flüchtlingshilfe, dass manche Menschen wirklich ihre Grenzen als Ehrenamtliche erreichen, dass hauptamtliche Strukturen fehlen. Und wir in der Politik müssen uns zu dem Thema Integration Gedanken machen, denn noch reden wir nur davon, dass Menschen erstmal ankommen und irgendwie grundversorgt werden. Jetzt geht es ja wirklich auch um die Integrationsleistung, die wir schaffen müssen. Wenn Sie dazu Gedanken haben, wie diese ganzen Strukturen nachhaltig aufgebaut werden können, auch das Verhältnis zwischen Ehrenamt und Organisation durch den Staat. Das ist eine heikle Frage. Ich sage es ganz offen, ich möchte nicht, dass der Staat alles organisiert. Ich glaube, da geht viel notwendige Flexibilität verloren. Trotzdem glaube ich, muss der Staat ehrenamtliche Strukturen in diesem Bereich besser absichern. Und wenn Sie da Gedanken haben, das werden wir jetzt leider nicht in den verbleibenden drei Minuten schaffen, dann wäre ich wirklich auch dankbar, weil wir als Parlament, und ich denke, das kann ich fraktionsübergreifend sagen, gerne auch Druck machen würden, dass solche Strukturen abgesichert werden.

Der **Vorsitzende**: An wen gingen die Fragen? Vielleicht möchte jemand auf den Appell antworten? Wäre doch schade um die drei Minuten. Frau Krakenbürger, dann Frau Meisel, bitte schön.

SV **Fiona Krakenbürger**: Vielen Dank für den Appell, für die Frage. Es ist eben so, dass sich viele mittlerweile eine Stelle wünschen. Und ich glaube, dass bei vielen der ehrenamtlichen Arbeiten das einfach allein mit Ehrenamt nicht hätte geleistet werden können. Eine Möglichkeit, die ich sehe, ist, entweder digitalen Initiativen dazu zu helfen, in eine Rechtsform überzugehen, damit sie eben Stellen bezahlen können und solche Förderungen ausgeschrieben werden. Nach wie vor Betonung auf „Fördern Sie in existierende Projekte“, da gibt es sehr viel Wissen. Das muss man nicht von neuem machen. Oder man sucht sich eben entsprechende Vereine heraus, die eben Stellen

bezahlen können. Das haben wir zum Glück auch erfolgreich hinbekommen mit der Bundeszentrale für politische Bildung. Es kamen schon mehrfach Leute auf die „Open Knowledge Foundation Deutschland e. V.“ zu und haben darum gebeten, dass wir einfach der Trägerverein werden. Ich glaube, da gibt es noch immer Möglichkeiten. Und was Nachhaltigkeit angeht: Open Source, Open Everything, so können wir das auch lösen von den einzelnen Ressourcen von Individuen.

SV **Hila Azadzoy**: Ich denke, wichtig in diesem Kontext ist auch, dass eine Nachhaltigkeit und eine Verstetigung nur gelingt, wenn man ein Businessmodell findet, das sich eigenständig tragen kann. Wir, „Kiron“, sind, wie viele ehrenamtliche Initiativen auch, ehrenamtlich gestartet, aber wir hatten immer das Ziel vor Augen, uns zu verstetigen und uns zu etablieren. Und wir haben jetzt eine Anschubfinanzierung bis 2018 generiert. Es ist eine bunte Mischfinanzierung, aber wir arbeiten parallel immer daran, was danach kommt, wie wir uns eigenständig tragen können. Ich denke, was in dem Kontext wichtig ist, ist vielleicht in einer Pilotierungsphase, in einer ersten Förderphase, eine Anschubfinanzierung für Initiativen, die ein langfristiges Interesse daran haben, eigenständig zu bestehen, aber gleichzeitig immer mit dem Fokus darauf, wenn Sie über den Aspekt Nachhaltigkeit sprechen, wie geht das ab dem Datum XY dann weiter? Ich glaube, es ist wichtig, dass alle Initiativen das im Kopf behalten. Wir haben, glaube ich, viele verschiedene Möglichkeiten, die aber, wenn man dann realistisch ist, erst ab einem gewissen Zeitpunkt, frühestens 2018, greifen können. Und deshalb war es so wichtig für uns, innerhalb des letzten halben Jahres eine gewisse Stabilität zu generieren. Wir haben jetzt 30 Angestellte, wir sind immer noch volunteer based, wir werden, glaube ich, nach wie vor über 100 Volunteers haben, die direkt in den Teams eingebunden sind und uns weltweit unterstützen. Nur so kommt es am Ende des Tages zu einer Verstetigung.

Der **Vorsitzende**: Frau Meisel, bitte.

SV **Monic Meisel**: Sie sagten gerade, Sie würden Eingriffe des Staates nicht so super finden. Ich



finde, es gibt tatsächlich im Bereich des Internetzugangs absoluten Bedarf dafür. Der Markt regelt eben nicht alles von alleine, gerade in diesem Bereich. Wenn wir die Bildung einer digitalen Unterklasse vermeiden wollen, dann müssen wir dafür sorgen, dass alle Zugang zum Netz haben. Und dass schafft eben der marktgetriebene Ausbau, wie er in der Digitalen Agenda steht, aus meiner Sicht nicht. Darum wäre ich für die Einführung des Rechts auf Internetzugang, wie in Finnland oder in Estland. Das wäre für mich eine logische Konsequenz.

Der **Vorsitzende:** Herr Dr. Griesbeck, bitte schön.

SV Dr. Michael Griesbeck: Ich wollte nur ganz kurz im Hinblick auf den Vorschlag bzw. die Einlassung bzgl. der Stärkung des Ehrenamtes ergänzen. Ich will mich jetzt nicht hier darüber auslassen, was ist Staatsaufgabe, was ist Ehrenamtaufgabe. Wir von Seiten des Bundesamtes haben derzeit einen Schwerpunkt in der Projektarbeit bei der Professionalisierung des Ehrenamtes und der Ehrenamtlichen mit dem Ziel der Nachhaltigkeit, weil wir eben auch feststellen, dass es eine Menge guter Ideen gibt, aber auch eine Menge Restriktionen. Und nur wer genau weiß, wie beispielsweise aus EU-Fördertöpfen oder auch durch andere Gegebenheiten Mittel oder Stellen finanziert werden können, wie man besser auf eigenen Beinen steht, nur wer das weiß, der kann dann auch in eine Nachhaltigkeit übergehen. Darum haben wir genau dieses zum Thema gemacht und haben einen Schwerpunkt drauf. Denn wir sehen, gerade in der Integration ist das ganz, ganz wichtig, damit gute Ideen nicht versickern und versanden.

Der **Vorsitzende:** Der Nächste auf meiner Rednerliste ist der Kollege Behrens. Bitte schön.

Abg. Herbert Behrens (DIE LINKE.): Meine Frage geht an Herrn Griesbeck. Sie haben nun eine ganze Reihe von Anforderungen gehört. Es wurde in den Antworten klargemacht, was eigentlich noch fehlt, welche Schritte, wenn es darum geht, die zugewanderten Menschen in die Gesellschaft zu integrieren, gemacht werden müssen. Sie haben dargestellt, wie Sie mit Ihrer App umgegan-

gen sind, dass Sie versucht hatten, diese sehr intensiv zu bewerben. Eigentlich müsste jetzt jeder Bescheid wissen, von der Einrichtung übers Jobcenter bis hin zu vielleicht auch in der Kommune tätigen Menschen. Nun haben wir aber auch gehört, dass es eine Vielfalt von Initiativen gibt, die manchmal mehr oder weniger nebeneinander herarbeiten und wenig vernetzt agieren können. Welche Initiativen seitens der Bundesbehörde gibt es, oder haben Sie Initiativen unternommen, um diese Koordinierung auch ein Stück zu machen? Es trägt ja auch zur Effizienz Ihrer eigenen Arbeit bei, wenn Sie das vorhandene ehrenamtliche Engagement in gebotener Weise einbinden. Was natürlich auch in einer weiteren Stufe, denke ich schon, auch zur Folge haben muss, dass wir über ordentliche Strukturen nachdenken müssen um das, was vorher durch freiwillige Arbeit geleistet worden ist, auch sicher zu garantieren und nachhaltig vorzuhalten, wenn es weitere Zuwendungsbewegungen geben sollte. Ich würde ganz gerne Ihre Einschätzung hören zu den Vorschlägen, die hier gemacht worden sind. Was können Sie übernehmen und was muss noch extra auf den Weg gebracht werden?

Der **Vorsitzende:** Herr Dr. Griesbeck, bitte schön.

SV Dr. Michael Griesbeck: In der Tat, wir haben von Anbeginn an auch immer geschaut, dass wir einen Überblick behalten über das, was es gibt. Das ist naturgemäß schwierig, weil es, Gott sei Dank, muss ich sagen, sehr, sehr viel gibt. Wir haben hier beispielsweise jetzt natürlich auch gesehen, was die Apps anbelangt, was die Sprachkurse anbelangt, was am Markt ist, das ist ganz klar. Schwieriger wird es dann bei den Projekten. Wir haben selbst von unseren Projekten natürlich einen Projektatlas erstellt, so dass wenigstens diejenigen, die hier vor Ort tätig sind, sehen können, was es an Projekten, die vom Bundesamt gefördert sind, gibt. Und wir sind im Moment dabei, mit den Stiftungen auch ins Gespräch zu kommen, um einen solchen Atlas für Projekte zu erstellen. Dort kann dann der Einzelne tatsächlich sehen, wer macht sonst noch etwas, also nicht nur, was gibt es für Bundesamtsprojekte, sondern auch, was ist sonst noch an Projekten, an guten Ideen unterwegs. Wir haben auch in der Vergangenheit schon einmal die Plattform für ganz bestimmte



Segmente gegeben, indem wir beispielsweise bundesweite Kongresse unterstützen haben, indem wir Vernetzungsstrukturen unterstützt haben. Ich kann mir vorstellen, dass wir dieses in die Richtung dann auch machen, weil ich denke, das habe ich bei Ihnen jetzt so herausgehört, dass sehr, sehr viel unterwegs ist, dass es aber wirklich auch für Sie schwierig ist zu sehen, was alles so unterwegs ist. Wir haben uns vorher vor dieser Sitzung kurz darüber unterhalten, wie wir mit der Frage umgehen, wie schaffen wir es, die Informationen, die es bereits gibt, an die User zu geben. Und da war eine Idee von mir, die ich jetzt gerade mit Ihnen ausgetauscht habe, beispielsweise auch die „Refugee Law Clinic Berlin e.V.“ an den Universitäten mit einzubeziehen und dort auch die bundesweite Plattform, die es gibt, die sich gerade aufbaut, zu nutzen und dann auf diese Art und Weise zu einer noch stärkeren Verzahnung zu kommen. Es wäre jetzt Hybris und ein Perfektionismus zu sagen, jeder muss alles wissen, was es gibt. Aber wo wir Vernetzung unterstützen können, da würden wir das natürlich auch gerne machen. Denn wir sind schon der Ansicht, dass es sehr, sehr viel gibt, aber Einzelne dann viel zu wenig voneinander wissen. Insofern ist es auch ein Schwerpunkt unserer Arbeit, einen Überblick zu verschaffen. Und vielleicht sogar, da sind wir jetzt dran, einen Deutschlandatlas von Best Practice und guten Initiativen, die sich teilweise auch aus Stiftungen, auch aus Bürgerstiftungen heraus generiert haben, hinzukriegen. Das wäre eine gute Sache.

Der Vorsitzende: Als nächster hat das Wort der Kollege Schipanski. Bitte schön.

Abg. Tankred Schipanski (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, ich wollte es wenigstens nochmals aufgreifen, weil ich es schon sehr ungewöhnlich finde. Wir hören uns hier heute Sachen zu den Flüchtlingsinitiativen an und nicht zum Thema Störerhaftung. Und wenn die Frau Sachverständige Meisel dann hier Dinge ausführt, die ausdrücklich falsch sind, dann will ich die wenigstens fürs Protokoll auch berichtigen. Selbstverständlich ist eine Gesetzesbegründung bindend für Gerichte bei der Auslegung eines Gesetzes. Die Plenardebatte kann herangezogen werden, was Auslegung von Gesetzen betrifft. Und von daher teile ich Ihre Einschätzung nicht. Ich kann für

meine Fraktion nur feststellen, dass wir die, wie Sie sie beschrieben haben, Störerhaftung, wie sie der BGH in diesem Fall entwickelt hat, mit diesem Gesetz auch entsprechend abgeschafft haben. Ich hätte zwei Fragen an den Vizepräsidenten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Zum einen geht es darum, dass wir jetzt dieses Heidelberger Modell eingeführt haben. Was hat das denn für Auswirkungen auf die Flüchtlingsinitiativen, speziell auch auf die digitalen, weil wir da natürlich unter Umständen eine schnellere Zuweisung haben, auch Wohnsitzwechsel. Und zum zweiten, mit Blick auf das neue Integrationsgesetz, wo wir mit Wohnsitzauflagen arbeiten werden, meine Frage: Wenn es denn die Bundesländer dementsprechend machen, was hätte das denn für Auswirkungen auf die Initiativen, die Sie kennen?

Der Vorsitzende: Herr Dr. Griesbeck bitte.

SV Dr. Michael Griesbeck: Beim Heidelberger Modell oder bei den Ankunftszentren ist es so, dass man unmittelbar nach der Ankunft und nach der Registrierung, nach der Antragsstellung, schon herausfinden kann, wer schnell seinen Bescheid bekommen kann. Das sind etwa 50 Prozent, bei denen man sagt, das sind keine komplexen Fälle und hier können wir ziemlich schnell eine Antwort geben, ob jemand bleiben kann oder ob jemand nicht bleiben kann. Und das führt dann dazu, dass man in diesen Ankunftscentren natürlich auch diese Beratung, auch diese digitale Beratung haben kann. Und diejenigen, die aus den Ankunftscentren dann in die Außenstellen weiter verteilt werden, da wird es dann so sein, so wie ich das jetzt hier wahrgenommen habe, dass es dann natürlich gut ist, wenn es diese Initiativen, diese Erreichbarkeit dann auch an diesen Standorten gibt. In gleicher Weise gilt das auch für die zweite Frage. Je nachdem, wie sich dann die Länder jeweils entscheiden, ist es natürlich wichtig, dass dort, wo diejenigen, die hier ihren positiven Bescheid erhalten haben, aber dann einen bestimmten Wohnsitz haben, dass die Zugang haben zu diesen Angeboten oder dass die von diesen Angeboten erreicht werden können. Das wird eine große Herausforderung sein. Aber ich nehme wieder auf unser Gespräch Bezug, dass man im Grunde genommen schon auch dann das Wissen,



was es gibt, dass es sowas gibt, dass es diese Initiativen gibt für diejenigen, die beispielsweise mit der Fähigkeit zu studieren hier her kommen, dass man dieses dann tatsächlich auch zugänglich macht. Ich kann mir vorstellen, weil wir das sowieso planen, dass man eben auch mit Verlinkungen in unserer eigenen App zu solchen Initiativen dann tatsächlich auch die Möglichkeit schafft, sich näher zu informieren und Kontakt aufzunehmen. Das ist das, woran wir im Moment arbeiten, dass wir hier auch weitere Links und noch stärker Links einbauen, die dann sogar hier zu tun haben mit der Möglichkeit, Ansprechpartner vor Ort auch zu finden. Das ist etwas, was natürlich bei den von Ihnen genannten Entwicklungen eine noch stärkere Rolle spielen wird. Danke schön.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Der Kollege Beermann hat das Wort.

Abg. **Maik Beermann** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, ich habe eine kurze Frage an den Vizepräsidenten Herrn Dr. Griesbeck. Wir haben heute viel über Vernetzung und Teilhabe am Internet gehört. Mich würde eine Sache interessieren, die aus meiner Sicht auch ein wichtiger Bestandteil im Bereich der Flüchtlingshilfe oder auch im Bereich der Netzwerke ist, wenn auch vielleicht nicht unbedingt aus dem Bereich Ehrenamt. Aber wir haben ja die elektronische Flüchtlingskarte beschlossen und mich würde da eben auch interessieren, wie dort der Stand der Dinge aktuell ist, wann wir damit rechnen können, dass das Ganze vernünftig auf den Weg gebracht sein kann.

SV Dr. Michael Griesbeck: In der Tat, wie auch der Staatssekretär Vitt dargestellt hat, haben wir schon 60.000 Ankunftsausweise ausgegeben. Der Rollout läuft, es gibt einen starken Fortschritt. Und wir haben natürlich dann mit diesem Kerndatensystem, das wir damit verbinden, die Möglichkeit, nach einem Recht- und Rollenkonzept dann tatsächlich auch Behörden auf diese Daten zugreifen zu lassen, die Behörden können aber auch in das System einspeisen. Wann das Ganze abgeschlossen sein wird, kann ich jetzt nicht genau sagen. Da sind wir im Moment aber dabei und erzielen gute Fortschritte.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Kollege Janecek, bitte.

Abg. **Dieter Janecek** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch eine Frage an Frau Krakenbürger zu den benötigten und bereits angesprochenen offenen Standards, den offene Technologien. Ich habe so ein bisschen herausgelesen, dass es durchaus auch eine Kommerzialisierung gibt in dem Bereich der Flüchtlingshilfe und dem, was man natürlich auch am Markt vorfindet, und dass Sie da ein Spannungsverhältnis sehen, wenn man das nicht ordentlich reguliert, so dass es da vielleicht zu Entwicklungen kommt, die nicht positiv sind. Ich formuliere jetzt ganz vage und allgemein. Vielleicht können Sie das ein bisschen beschreiben und dann auch schildern, was die Projekte, die Sie auf Basis dieser offenen Standards angestoßen haben, für einen Mehrwert gebracht haben. Und wo sehen Sie die Nachfrage? Die zweite Frage geht in den Bildungsbereich, weil mich das auch sehr interessiert. Zum einen bitte ich Sie, nochmals Ihre Erfolge zu beschreiben. Wie ist das angenommen worden? Wie wächst das weiter? Und zum Bereich der Universitäten habe ich die Frage, ob Sie da auch Veränderungen sehen, weil die Universitäten nicht gewohnt waren, dass sie jetzt in einer Situation sind, wo sie mit Dingen umgehen müssen, die sie vorher nicht kannten.

Der **Vorsitzende**: Frau Krakenbürger, bitte.

SV Fiona Krakenbürger: Vielen Dank für die Frage, das darin angesprochene Thema ist mir auch ein großes Anliegen. Open Source ist wichtig, damit wir nachhaltige Projekte haben, die von verschiedenen Leuten kollaborativ weitergeführt werden können. Es ist auf jeden Fall so, dass es sichtbar ist, dass es mittlerweile auch andere Interessen gibt, die von einem Close Source-Ansatz ausgehen. Und da müssen wir uns eben vorstellen, was passiert eigentlich in vier, fünf Jahren, wenn dieses Unternehmen ein anderes Projekt hat oder Mitarbeiter von diesem Projekt abzieht. Ich denke, es geht nicht nur um Open Source, es geht auch generell um offenes Wissen. Und da kommt auch z.B. Open Data eine ziemlich große Bedeutung zu, auch gerade in der Verwaltung. Da kann



man ganz gut sehen, was für eine Bedeutung es eigentlich hat, wenn die Verwaltungen offene Daten darüber hätten und bereitstellen würden, wo es Ansprechpartner gibt, wo es eigentlich Stellen, Gesundheitsversorgung, Öffnungszeiten von Ärzten und auch Zahlen darüber, wieviel Menschen eigentlich kommen, gibt. Damit könnten Medien verlässlicher berichten, wir würden auch den Entwicklerinnen und Entwicklern sehr stark zuspielen und die hätten ein viel leichteres Spiel bei der Entwicklung von Anwendungen. Ein Beispiel, das ich nennen möchte, ist „metacollect“. Es lohnt sich, das anzuschauen. „metacollect“ ist eine Übersichtsplattform über Projekte. Es gibt mittlerweile mehrere Übersichtsplattformen, die aber alle unterschiedliche Datensätze aufgebaut haben. Und „metacollect“ bemüht sich gerade auch im Rahmen der „Digital Refugee Labs“, mit anderen Projekten zusammen zu kommen, um Datenbanken zu konsolidieren. Und die Nachfrage nach solchen Übersichtsplattformen ist wirklich groß. Mittlerweile gibt es auch schon behördliche Stellen, die Übersichtsplattformen anbieten. Und da ist es, glaube ich, ganz wichtig, dass man eine offene Schnittstelle bildet, auf die viele verschiedene Plattformen zugreifen können, um zusammen zu arbeiten. Und „metacollect“ ist dort sehr vorbildlich in der Vorgehensweise.

SV Hila Azadzoy: Wenn ich das als Erfolgsstory zusammenfasse: Wie kommt das, was „Kiron“ macht, bei den Studenten an, und wie kommt es bei den Partneruniversitäten an? Wir hatten ganz am Anfang, als wir im Oktober 2015 gestartet sind und auch schon die erste Kohorte aufgenommen haben, über 15.000 Studieninteressierte. Es war eine unheimliche Nachfrage, die von den Studierenden kam. Und auch jetzt im Verlauf haben wir festgestellt, dass im Vergleich zu dem regulären MOOC-Nutzer, der ein ganz anderes Profil hat, bei uns die Abschlussraten überdurchschnittlich hoch sind. Also das zeigt einfach, dass die Studierenden unwahrscheinlich motiviert sind. Unser Helpdesk bekommt, glaube ich, sehr viele Fragen grundsätzlich Art, zum einen zum Ablauf des Studiums, zum anderen auch zur Rolle der Partneruniversitäten. Von Seiten der Partneruniversitäten ist das Feedback ganz unterschiedlich. Wir arbeiten natürlich mit Partneruniversitäten zusammen, die bei sich selbst und auch in der Lehre sehr weit sind, was den Bereich Digitalisierung

angeht. Die RWTH Aachen z.B. ist da federführend. Wir haben aber auch Universitäten, Hochschulen, die noch nicht so stark damit in Berührung gekommen sind, aber sehr offen sind.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann gebe ich Ihnen, weil wir noch gut in der Zeit liegen, die Gelegenheit, eine kleine Abschlussrunde zu machen. Das machen wir in umgedrehter Reihenfolge. Frau Meisel fängt diesmal an, und Herr Dr. Griesbeck hört auf. Äußern Sie Wünsche und Anregungen an die Abgeordneten, an die Politik, das, was Sie schon immer loswerden wollten. Sie haben hiermit die Gelegenheit. Frau Meisel, Sie können beginnen. Bitte schön.

SV Monic Meisel: Vielen Dank. Mir ist es wichtig, noch einmal deutlich zu machen, dass der Internetzugang die Voraussetzung dafür ist, dass Apps heruntergeladen werden können, dass der Zugang zu „Kiron“ möglich ist. Nur damit ist digitale Flüchtlingshilfe überhaupt verfügbar und zugänglich. Wie könnte das konkret aussehen? Erst einmal braucht es einen breitbandigen Internetzugang. Was wir machen, ist wirklich nur eine Minimalversorgung mit „Freifunk“, und es steht dann auch nicht unbedingt jedem und an jeder Stelle zur Verfügung. Deshalb, finde ich, sollte da tatsächlich ein stärkeres Engagement seitens der Politik vorhanden sein. Und auch stärkere Qualitätsanforderungen an die Unterbringung von Geflüchteten sollten eingeführt werden. Die einzige, die ich kenne, in der das irgendwie drinsteht, ist die vom LAGESO. In der steht das aber auch nicht spezifisch genug drin, da steht lediglich, es soll kostenloser Internetzugang und pro 100 Menschen ein Endgerät mobil zur Ausleihe zur Verfügung gestellt werden. Ich plädiere tatsächlich für Computerräume und festinstallierte Endgeräte, die dann mehreren zugänglich sind. Und dieser Internetanschluss muss breitbandig genug sein, es müssen genug Access Points vorhanden sein, damit die vielen unterschiedlichen Geräte darauf zugreifen können. Es sollte zeitlich nicht begrenzt sein, es sollte nicht zensiert sein und sollte tatsächlich offen zugänglich sein, das ist mir ein besonderes Anliegen.



Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Frau Krakenbürger, bitte.

SV Fiona Krakenbürger: Vielen Dank. Mir ist es ein Anliegen, nochmals auf das Thema Open Data und offene Verwaltungen zurückzukommen. Ich glaube, gestern kam eine Studie von der „Hertie School of Governance“ heraus, wonach die Behörden und Verwaltungen im Moment mehr Angst vor Digitalisierung als vor Flüchtlingen und den damit einhergehenden Herausforderungen haben. Und das muss sich ändern. Im Moment würde es wirklich sehr helfen, wenn Daten über Ansprechpartnerinnen oder Gesundheitsversorgung und Weiterbildungsmöglichkeiten in einem offenen, maschinenlesbaren Format zur Verfügung stehen würden. Dann könnten die Übersichtsplattformen viel besser miteinander arbeiten, dann könnten wir diese Daten viel schneller aufbereiten, z.B. auch schnell übersetzen. Es gibt ein tolles Projekt aus Thüringen. Das heißt: „Thüringen hilft.“ Das ist eine Seite, die sehr gut Daten, Informationen aufbereitet, allerdings alles auf Deutsch. Wären diese Daten öffentlich, dann könnten Menschen, Ehrenamtliche kollaborativ damit arbeiten und das weiterentwickeln. Ich glaube, jetzt ist auch ein guter Zeitpunkt, um gemeinsam daran zu arbeiten und auf das Wissen der Community zurückzugreifen. Es lohnt sich ein Blick nach Nordrhein-Westfalen. Dort veranstaltet die Landesstelle „Open NRW“ mit Leuten aus der Open Data Community regelmäßig einen runden Tisch, um sich darüber auszutauschen, wie man weiter vorgehen möchte. Ja, Open Data ist gut, es gibt auch vereinzelt Open Data Portale, aber noch viel wichtiger sind offene Türen und Zusammenarbeit. Und ich hoffe, dass wir diese Gelegenheit jetzt nutzen, um dort weiterzugehen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Frau Azadzoy, bitte.

SV Hila Azadzoy: Herzlichen Dank. Ich denke, was uns in unserer Arbeit weiter stärken und unterstützen könnte, wäre eine deutliche Positionierung, gerne auch von Ihnen allen, zu „Kiron“, in dem eine größere Sichtbarkeit, zum einen bei den relevanten Partnern wie der HAK, dem DAAD,

aber gleichzeitig auch, was Herr Dr. Griesbeck angesprochen hat, bei den Geflüchteten selbst, generiert wird. Gut wäre auch die gleichzeitige Unterstützung von relevanten Playern, also auch DAAD und Hochschulen-Rektorenkonferenz, und das Eintreten in einen Dialog über nachhaltige Finanzierungsstrukturen, darüber, wie das Ganze aussehen kann. Wir haben sehr viele Ideen, vom Social Impact Bonds bis hin zu anderen Möglichkeiten. Und ich glaube, es wäre da auch wichtig, von Ihnen ein Feedback zu bekommen, wie Sie denn meinen, was da der way to go ist. Und ich glaube, das wäre auch eine Möglichkeit, gerade wenn wir davon sprechen, wie kann man das Ganze verstetigen und auch wirklich so etablieren, dass es sich nicht einfach verflüchtigt, wenn gerade auch wir im Bereich Bildung gemeinsam mit den Partnerhochschulen vorangehen. Und dann wäre auch noch eine weitere Forderung, diese gemeinsame Plattform und den Rahmen dafür herzustellen.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Herr Dr. Griesbeck, bitte schön.

SV Dr. Michael Griesbeck: Ganz herzlichen Dank. Wenn Sie nach Wünschen fragen, das ist zum einen natürlich, dass diese App unterstützt und beworben wird. Und das haben Sie schon alleine dadurch getan, dass Sie mich hier eingeladen haben. Dafür bedanke ich mich ganz, ganz herzlich, weil das ja auch Stück treten an die Öffentlichkeit ist und ich denke mal, das wird auch weiter zu einer guten Verbreitung beitragen. Was ich auch für einen Wunsch habe, das ist, dass ich auch von Ihnen, mit Ihrer Erfahrung, auch mit Ihrer Erfahrung vor Ort, dann Hinweise bekomme, Feedback bekomme, an Bedarf und Themen. Es ist durchaus so, dass wir diese App immer weiter entwickeln wollen. Und natürlich wird an uns auch herangetragen, dass wir dieses noch aufnehmen sollten, jenes noch aufnehmen sollten. Wir haben jetzt beispielsweise auch Texte zum Bundesfreiwilligendienst und zum Verbraucherschutz vorgesehen, so dass wir sagen, auch das sollte Bestandteil sein. Wir müssen und wollen natürlich auch immer hinsichtlich der Größe der App abwägen, die mit 42 MB angefangen hat und jetzt 64 MB hat. Aber da ist es natürlich wichtig, dass wir Bedarfsgerechtes machen, so, wie wir es gerade gesagt haben, also auch die Hinweise beispielsweise für



diejenigen, die hier ein Studium beginnen wollen oder könnten, noch mit aufnehmen. Und das Dritte, da schließe ich mich meinen Vorrednerinnen auch an, ist die Unterstützung im Projektbereich. Wenn es jetzt darum geht, was kann tatsächlich für eine bessere Integration auch gemacht werden, da soll man auf jeden Fall auch die Initiativen, die Impulse, die von den Ehrenamtlichen kommen, mit aufnehmen. Und das geschieht unter anderem auch dadurch, dass man sagt, wir können in der Projektförderung dann wesentlich stärker solche Plattformen, solche Koordinierungskreise unterstützen und dadurch zu einer weiteren Professionalisierung beitragen. Das sind die Wünsche, die ich im Moment hier an Sie herantrage, und ich bedanke mich nochmals für die Einladung.

Der **Vorsitzende**: Damit sind wir am Ende unserer heutigen Anhörung. Ich bedanke mich ganz herzlich bei den Sachverständigen für die wirklich hilfreichen Ausführungen und wünsche Ihnen für Ihre Initiativen alles Gute und viel Erfolg. Ich bedanke mich natürlich auch für Ihr großes Engagement in diesem Bereich und bei der Lösung der großen Herausforderungen, die wir alle haben. Ich bedanke mich ganz herzlich für das Interesse der Zuhörer hier im Saal und natürlich auch bei denjenigen, die den Stream verfolgt haben. Ich bedanke mich bei der Technik, die das alles möglich gemacht hat, und wünsche Ihnen allen einen angenehmen Nachhauseweg. Ich bedanke mich für Ihr Zuhören. Die Sitzung ist geschlossen.



Schluss der Sitzung: 17:26 Uhr

Jens Koeppen, MdB
Vorsitzender